

„Altersarmut ist eine reale Gefahr“

Kommt sie oder kommt sie nicht? Und wenn ja, wann? Während CDU und FDP an den Plänen festhalten, die Rente mit 67 ab 2012 schrittweise einzuführen, will die SPD erst zustimmen, wenn mindestens die Hälfte der 60- bis 64-Jährigen eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung hat.

Kurzzeitig hatte von der Leyen gar von einem „Jobwunder“ für ältere ArbeitnehmerInnen gesprochen, musste dann aber zurückrudern, als klar wurde, dass nur 21,5 Prozent der 60- bis 64-Jährigen derzeit sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind. Statt die „schlechte Arbeitsmarktsituation Älterer zu beschönigen“, forderte DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach die Regierung auf, die Lage Älterer auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern: „Gute Arbeitsbedingungen für Jung und Alt, altersangemessene Arbeitszeitregelungen, vorbeugende Gesundheitsförderung in den Betrieben und bessere Weiterbildungsangebote.“

Momentan scheitert eine Verbesserung der Lage Älterer bereits an der Frage des Zugangs zum Arbeitsmarkt. Fast ein Drittel aller Arbeitslosen, nämlich 900 000, sind älter als 50 Jahre, und über 300 000 von ihnen sind länger als zwei Jahre arbeitslos. Nur jeder vierte ältere Arbeitslose über 55 Jahre findet überhaupt noch einmal Zugang zum Arbeitsmarkt. In der Gruppe der über 60-Jährigen sei die Arbeitslosigkeit in den vergangenen zwölf Monaten sogar um 50 Prozent angestiegen, so Buntenbach. „Heute muss die Hälfte der Altersrentner vor 65 mit Abschlagen in Rente gehen und verliert dabei im Durchschnitt 110 Euro Monatsrente. Und diejenigen, die aus gesundheitlichen Gründen vorher ausscheiden, werden mit Erwerbsminderungsrenten von ca. 640 Euro pro Monat abgespeist.“ Buntenbach warnt: „Altersarmut droht zu einem großen Problem zu werden. Besonders in Ostdeutschland spitzt sich die Situation wegen der hohen Arbeitslosigkeit und dem riesigen

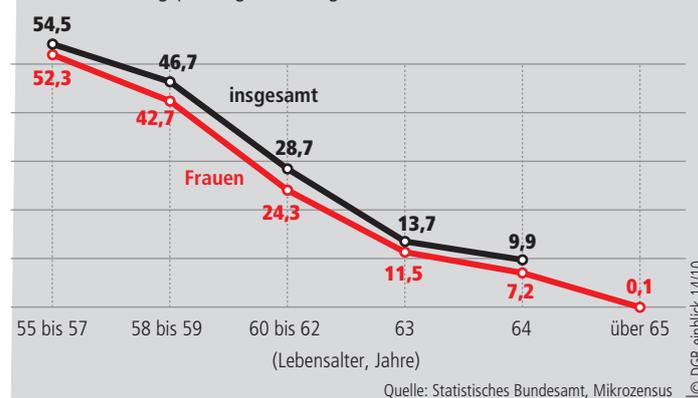
Niedriglohnssektor zu.“ Zentrale Fragen für die Gewerkschaften sind deshalb: Wie vermeiden wir Altersarmut? Wie sichern wir den Lebensstandard der ArbeitnehmerInnen im Alter? Wie verbessern wir die gesundheitliche Prävention in den Betrieben? Wie ermöglichen wir flexible, den Lebensumständen angepasste Übergänge von der Arbeit in die Rente? Und wie sichern

sten nur noch eine Illusion, Altersarmut für viele eine reale Gefahr.“

Die Linke lehnt die Rente mit 67 grundsätzlich ab, von den anderen Parteien sind bisher nur die SozialdemokratInnen bereit, ihren eingeschlagenen Kurs zu ändern und die geplante Erhöhung zumindest auszusetzen. Ein „Schritt in die richtige Richtung“, so der DGB-Vorsitzende Michael Sommer. Die SPD hätte

Arbeit bis zur Rente?

Sozialversicherungspflichtig beschäftigt waren im Jahr 2008 (in Prozent)



In den vergangenen Jahren ist der Trend, ältere Beschäftigte durch jüngere zu ersetzen, zwar zurückgegangen. Doch während der Anteil der sozialversichert Beschäftigten insgesamt knapp 60 Prozent beträgt, ist deren Anteil in der Gruppe der 60-Jährigen gerade mal halb so hoch.

wir diejenigen besser ab, die aus gesundheitlichen Gründen nicht so lange arbeiten können?

„Ohne ernsthaft die Fakten zu überprüfen und sich mit der Lebenswirklichkeit der Menschen z.B. auf den Baustellen, in den Krankenhäusern und Kindergärten, am Hochofen oder auf den Werften auseinander zu setzen, schickt die Arbeitsministerin ältere Beschäftigte in die Altersarmut oder in die Langzeitarbeitslosigkeit“, kritisiert Buntenbach. „Rente mit 67, das wissen die Menschen, bedeutet für sie Rentenkürzung. Lebensstandardsicherung ist damit für die mei-

nerkannt, „dass die Rente mit 67 unter den gegebenen Rahmenbedingungen zu einer reinen Rentenkürzung verkommt“. Die Gewerkschaften erwarten, „dass die SPD in ihrem Wahlprogramm für das Jahr 2013 sehr klar Position bezieht – und dabei am besten die Rente mit 67 endgültig aufgibt und stattdessen soziale, gerechte und nachhaltige Reformen vorschlägt“. Da die Bundesregierung „weiterhin auf Konfrontationskurs“ ist, wollen die Gewerkschaften das Thema Rente mit 67 auch in ihre Herbstaktionen einbeziehen, kündigte Sommer an. ●

DGB-Studie: Arbeitslosigkeit macht krank

Wer arbeitslos wird, erlebt dies meist als schwere Belastung, die weit über finanzielle Einschränkungen hinausgeht. Die psychischen Belastungen wirken sich auch auf die Gesundheit aus. Nach einer DGB-Studie der Abteilung Arbeitsmarktpolitik sind Arbeitslose wesentlich häufiger krank als Erwerbstätige. „Es lassen sich drastische Unterschiede belegen: Depressivität, Hoffnungslosigkeit und Hilflosigkeit bis hin zur Resignation sowie ein verringertes Selbstwertgefühl, geringeres Aktivitätsniveau und Einsamkeit stellen wesentliche Symptome einer schlechteren psychischen Gesundheit von Arbeitslosen dar“, so die Studie.

„Um die gesundheitsschädigenden Folgen von Arbeitslosigkeit abzufangen, brauchen wir geeignete Maßnahmen zur Vorbeugung. Dafür müssen alle Beteiligten – in der Arbeitsvermittlung, den Krankenversicherungen und der regionalen Gesundheitsversorgung – vernetzt zusammenarbeiten und neue Wege beschreiten“, fordert DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach. Unsichere Beschäftigung im Niedriglohnssektor oder Ein-Euro-Jobs sind für die Gewerkschafterin keine Alternativen, denn sie „verschleiben die Betroffenen genauso wie dauerhafte Arbeitslosigkeit“.

Studie „Gesundheitsrisiko Arbeitslosigkeit“:
www.einblick.dgb.de/hintergrund